

Teil 4: Gefahren und Chancen

Akademische Redlichkeit

Akademische Redlichkeit, auch genannt »gute wissenschaftliche Praxis«, unterscheidet sich nicht grundsätzlich von den normalen gesellschaftlichen Normen. »Du sollst nicht stehlen« bedeutet in der Wissenschaft, dass man Leistungen oder Ideen anderer nicht als die eigenen ausgibt. »Du sollst die Wahrheit sagen« heißt, dass die Ergebnisse der eigenen Forschung unverfälscht dargestellt und Daten nicht erfunden werden. »Du sollst fair gegenüber anderen sein« heißt, dass man die Leistung und Ideen anderer Wissenschaftler anerkennt, z.B. bei Begutachtungen. Da Wissenschaftler aber nicht grundsätzlich moralischere Menschen sind als andere, gibt es Probleme mit der Redlichkeit in der Wissenschaft. Die Aufdeckung von spektakulären Wissenschaftsbetrugsfällen bringt die ganze Wissenschaft in Misskredit. Der bekannteste Fall in den letzten Jahrzehnten war im Jahr 1997 die Aufdeckung von jahrelangen Fälschungen durch das deutsche Krebsforscherteam Friedhelm Herrmann und Marion Brach. Sie fälschten nicht nur Daten, sondern stahlen auch Ideen in höchst unfairer Weise aus vertraulichen Unterlagen bei Begutachtungen. Wenn in großen Forschungsinstitutionen solche Betrugsfälle stattfinden, entstehen nicht nur Ansehensverlust, sondern auch großer materieller Schaden durch das Verbrennen von Forschungsgeldern und, im Falle der medizinischen Forschung, Gefahren für Patienten. Die DFG hat im Jahre 1998 mit ihrer Denkschrift »Empfehlungen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis« einen wichtigen Impuls dafür gesetzt, dass Universitäten und Forschungsinstitute sich Regeln geben, wie sie mit wissenschaftlichem Fehlverhalten umgehen. In den letzten zwei Dekaden wurden diese Regelwerke ergänzt und konkretisiert, aber es ist nicht ausgeblieben, dass weitere Wissenschaftler sich zu Fälschungen verleiten ließen.

Schon kleine Betrügereien können der Forschung direkten Schaden zufügen, insbesondere wenn sie nicht aufgedeckt werden. In den 1980er Jahren wollte ich eine Methode zur chemischen Extraktion eines Stoffes anwenden, die von einem prominenten Institut in der Schweiz publiziert worden war. Es klappte nicht. Ich bat den Institutschef in der Schweiz, diese Methode von seinen Mitarbeitern praktisch lernen zu dürfen. Er sagte sofort zu, und ich reiste dorthin. Vor Ort wurde ich an den Laborleiter verwiesen, der aber offensichtlich nicht wusste, warum ich gekommen war. Als ich ihm mein Anliegen vortrug, wurde er verlegen. Diese Methode sei von einem Gastwissenschaftler entwickelt worden, der sie dann mit Adresse des Institutes und mit dem Namen des Chefs als Co-Autor veröffentlicht habe. Er selbst habe mehrfach versucht, die Ergebnisse zu reproduzieren, aber ohne Erfolg. Er persönlich glaube, dass die Studie des ehemaligen Gastes eine Fälschung sei. Ich fragte, warum sein Institut diese Studie nicht widerrufen habe. Seine Antwort war, er könne doch seinen Chef als Co-Autor nicht wegen so einer Lappalie blamieren. Ich war sprachlos. Hätte ich nicht die Reise in die Schweiz unternommen, hätte ich mich möglicherweise über Monate gequält, die verborgenen Tricks der Methode aufzuspüren.

Dieser Fall zeigt verschiedene Arten der Unredlichkeiten: Erstens die Fälschung des Hauptautors, zweitens die ungeprüfte »Ehrenautorschaft« des Chefs, drittens die unterlassene Korrektur durch den Laborchef. Über das Motiv des Betrügers habe ich nur Mutmaßungen: Entweder überzogener Ehrgeiz oder Angst, nach einem Aufenthalt in dem berühmten Labor mit leeren Händen nach Hause zu kommen. Im beschriebenen Falle bedarf es schon größerer Anstrengungen, den Betrug herauszufinden. In anderen Fällen ist es gar nicht schwer, wenn erst einmal der Verdacht aufkommt. Das gilt z.B. für manche Plagiate in Textwissenschaften, wenn die kopierten Originaltexte vorliegen. Man braucht nur den Wortlaut beider Texte zu vergleichen. Häufig steckt aber erhebliche Mühe darin, die Originaltexte überhaupt zu finden und Verschleierungsmethoden des Plagiators zu identifizieren. Heute kommen bei digitalisierten Texten Plagiatsprüfungsprogramme und die Recherche durch Suchmaschinen zum Einsatz, die erste Hinweise geben. Eine lückenlose Überprüfung eines Buches von dreihundert Seiten bedeutet wochenlange akribische Arbeit für ein ganzes Team. Für eine universitäre Prüfungskommission bindet ein Plagiatsfall daher sehr viel Arbeitszeit. Bei den unabhängigen Plagiatsplattformen arbeiten Wissenschaftler in einer Art von Schwarmintelligenz zusammen, um in der wissenschaftlichen Literatur Fälschungen zu identifizieren. Leider werden diese detektivischen

Bemühungen manchmal als »Hexenjagd« verunglimpft. Aber sie dienen der Selbstreinigung der Wissenschaft.

Die Digitalisierung von wissenschaftlicher Literatur in den letzten zwei Jahrzehnten hat es einerseits den Fälschern leichter gemacht, aus verschiedenen Textquellen einen scheinbaren neuen Text zu kompilieren – sogenanntes »copy and paste«. In Zukunft kommen noch KI-getriebene Ghostwriter-Programme hinzu. Andererseits helfen digitale Hilfsmittel heute auch den Prüfern, Plagiate nachzuweisen. Das betrifft z.B. Seminar- und Abschlussarbeiten im Studium, Doktorarbeiten und wissenschaftliche Artikel, die heute in der Regel in digitaler Form vorgelegt werden müssen. Bei seriösen wissenschaftlichen Journalen und Plattformen werden alle eingereichten Artikel mit Plagiatsoftware gescannt. Dass sich mit einer solchen Methodik auch bei älteren Arbeiten Betrug aufdecken lässt, blieb nicht aus. U.a. wurde bei einigen prominenten Politikern offenbar, dass sie die Karrierehilfe eines Dokortitels unredlich erworben hatten. Dazu gehörten auch die ehemaligen Bundesminister zu Guttenberg, Schavan und Giffey, die jeweils knapp vor oder nach dem Entzug des Doktorgrades von ihrem Amt zurücktraten. In anderen Fällen wurden auch Täuschungsbefunde benannt, ohne dass die zuständigen Universitäten sich dazu durchringen konnten, diese zu überprüfen und gegebenenfalls zu ahnden.

In der Öffentlichkeit entsteht bei solch prominenten Fällen leicht der Generalverdacht, dass die Betrugerei in der Wissenschaft weit verbreitet sei und Institutionen der Wissenschaft zu wenig Kontrolle ausübten. Bei seriösen Wissenschaftsjournalen wird jeder eingereichte Artikel von mehreren anonymen Experten sehr gründlich geprüft. In meinen zehn Jahren als Chief Editor des anerkannten Fachjournals »Cardiovascular Research« wurden rund zwanzigtausend Manuskripte eingereicht und evaluiert. Bei knapp 5 Prozent der Einreichungen stellte sich während der Prüfung des Manuskriptes heraus, dass es verdächtige oder offensichtlich betrügerische Anteile enthielt. Das erscheint relativ wenig, aber jeder Einzelfall beschädigt die Wissenschaft, wenn er veröffentlicht wird. Im Gegensatz zu den rigorosen Kontrollmechanismen solcher Fachjournale ist die Kontrolle von Doktorarbeiten innerhalb der Universitäten häufig weniger stringent.

Jeder Wissenschaftler weiß, dass seine Forschungsergebnisse nur etwas taugen, wenn sie echt und nicht erschwindelt sind. Die Selbstkontrolle der Wissenschaft muss gegen solchen Schwindel konsequent vorgehen. Dass die Kontrolle manchmal ohne böse Absicht unterbleibt, stellt dennoch ein Organisationsversagen dar. Die Aufklärung von Fälschungen dient zum einen

der Integrität der Forschungsinstitution, in der sie entstanden sind. Zum anderen dient sie der Wissenschaft dadurch, dass die Fälschungen in den realen Bibliotheken und digitalen Plattformen als solche gekennzeichnet werden können. Internationale wissenschaftliche Journale löschen häufig die digitale Version von gefälschten Artikeln mit dem verbleibenden Hinweis, dieser sei zurückgenommen worden – »withdrawn«. Die Autoren von wissenschaftlichen Fälschungen oder Plagiaten zu sanktionieren, ist hingegen gar nicht so leicht. Im Falle einer Doktorarbeit wird dem Autor der Doktorgrad aberkannt. Die DFG versagt demjenigen Wissenschaftler weitere Fördermittel, der gegen ihre Regeln der guten Wissenschaft verstoßen hat. So gut – so einfach. Personalrechtlich und beamtenrechtlich ist es aber oft schwer, die wissenschaftlichen Verfehlungen zu ahnden. Es geht fast immer vor Gericht. Die wichtigste »Sanktion« besteht für den unredlichen Wissenschaftler in der Blamage innerhalb seiner eigenen Scientific Community, in der sich sehr schnell die Täuschung herumspricht. Bei jungen Wissenschaftlern bedeutet ein solcher Rufverlust häufig das Ende ihrer Karriere.

Korruptionsversuche

In unserer demokratischen Gesellschaft gibt es subtile und zuweilen auch nicht subtile Formen von Korruption. Die gibt es auch innerhalb der akademischen Sphäre. In meiner Studienzeit wurde relativ abstrakt über die Korruption innerhalb der »verrotteten bürgerlichen Gesellschaft« der Bundesrepublik geredet, aber es ging dabei um große Waffengeschäfte oder politische Skandale, von denen in den Medien berichtet wurde. Als Student war es mir nicht vorstellbar, dass ich im Universitätsleben jemals mit korumpierenden Einflüssen konfrontiert werden könnte. Zu meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter habe ich niemals erlebt, dass jemand von mir eine Gunst erkaufen wollte.

Als meine Arbeit als junger Wissenschaftler eine gewisse Aufmerksamkeit in der Fachwelt erzeugt hatte, wurde ich zu hochrangigen wissenschaftlichen Symposien eingeladen. Meistens fanden diese Treffen in einem relativ schlichten Ambiente statt. Ich stellte aber fest, dass diejenigen Symposien, die unter Beteiligung von klinischen Kollegen stattfanden, fast immer in schönen Hotels abgehalten und von der Pharmaindustrie mitfinanziert wurden. Im öffentlichen Dienst gab es damals auch schon klare Regeln, wie man damit umgehen müsse: Man lässt sich durch Angabe der eigenen Leistungen und der Offenle-

gung der Finanzierung die Teilnahme dienstlich genehmigen. Als Rektor der Universität Düsseldorf hatte ich später die Aufgabe, solche Anträge der Medizinprofessoren zu kontrollieren und mit meiner Unterschrift zu genehmigen. Als junger Wissenschaftler, der nur in der Grundlagenforschung arbeitete, war ich nicht von Interesse für Pharmafirmen gewesen. Bei internationalen Kongressen konnte ich als Beobachter unschwer erkennen, dass die klinischen Chefs von der Medizinindustrie besonders gehätschelt wurden. In den 1990er Jahren wurden durch Ermittlung der Wuppertaler Staatsanwaltschaft finanzielle Verstrickungen dieser Art ans Licht gebracht. Danach wurden strengere Regeln für das Sponsoring von medizinischen Veranstaltungen eingeführt und beachtet. Bei den nichtmedizinischen Kollegen an der Universität wurden diese Vorgänge mit einer gewissen Häme beobachtet. Aber es gab und gibt auch korrumpierende Einflüsse im akademischen Bereich, die sich gar nicht unmittelbar durch geldliche Vorteile auswirken. Sie fallen meist nicht unter das Strafrecht, aber beeinträchtigen dennoch den akademischen Anspruch auf Redlichkeit. Solche Einflüsse können nicht nur durch Belohnungen, sondern auch durch angedrohte Nachteile ausgeübt werden.

Ein erstes Erlebnis dieser Art hatte ich in Gießen. Ich hatte einen Ruf von der Universität Bonn erhalten und wog ab, was für mich beruflich besser sein könnte: Zu wechseln, um von der größeren Universität Bonn zu profitieren, oder mit einer verbesserten Ausstattung für mein Institut in Gießen zu bleiben. Deshalb wollte ich mit dem Dekanat in Gießen über mein Bleiben verhandeln. Das damalige Dekanat wollte zur gleichen Zeit eine vakante Professur der Biochemie umwidmen, um mit dieser Ressource ganz andere Interessen zu bedienen. Noch vor meinem Ruf hatte ich mich im Fakultätsrat vehement dagegen ausgesprochen. Mein Verhandlungspartner sagte nun bei der Bleibebehandlung zu mir: »Herr Piper, wir schätzen Sie sehr und würden uns wünschen, dass Sie hier blieben. Wir würden gerne noch auf Ihre Forderungen etwas drauflegen. Allerdings sollten Sie bitte Ihren Widerstand in Bezug auf die Biochemie-Professur aufgeben.« Ich war so verblüfft, dass es zu einer peinlichen Gesprächspause kam. Ich habe aber den Köder nicht geschluckt und bin damals ohne Ergebnis weggegangen. Es war dann nicht zu meinem Nachteil, da ich mit etwas Geduld meine Forderungen auch ohne diesen Deal durchsetzen konnte.

Wenige Jahre später war ich selbst Dekan in Gießen und kämpfte für den Bestand der medizinischen Fakultät, der es drohte, wegen der hohen Kosten der zugehörigen Universitätsklinik von der Landesregierung abgewickelt zu werden. Anfangs wurde ich aus Regierungskreisen unter Druck gesetzt: Ich

solle Ruhe geben. Natürlich denkt man in einer solchen Drucksituation über mögliche Auswirkungen dieser Bedrohung nach. Was konnte mir passieren, wenn ich nicht nachgab? Als Dekan war ich nur im Nebenamt tätig. Im Hauptamt war ich Lebenszeitbeamter. Mir wurde klar, dass die Beamtschaft einen wirksamen Schutz gegen solche korrumpierenden Einflüsse darstellt. So gewappnet, hielt ich stand und gab dem Druck aus Regierungskreisen nicht nach. Kurz darauf traf ich den Universitätspräsidenten, der mir erzählte, er sei ebenfalls von dem Regierungsvertreter angerufen und aufgefordert worden, mit mir zu sprechen. Dann lachte er: »Das habe ich jetzt getan. Lassen Sie sich nicht einschüchtern.«

Ein besonderes Lehrstück für Beeinflussungsversuche in der akademischen Welt habe ich im Zusammenhang mit der »Schavan-Affäre« in den Jahren 2012–2013 erlebt. Als Bundeswissenschaftsministerin war Annette Schavan damals eine anerkannte Ressortministerin. Ihr Doktorgrad war ihr von der Universität Düsseldorf verliehen worden. Nun kam durch eine veröffentlichte Analyse der Plattform schavanplag.wordpress.com der Verdacht auf, dass ihre Doktorarbeit zum Teil Plagiate enthielte. Deshalb wurde diese Arbeit von der zuständigen Philosophischen Fakultät der Universität Düsseldorf noch einmal überprüft. Das Ergebnis zeigte, dass tatsächlich wesentliche Teile Plagiate darstellten. Das vorläufige Ergebnis wurde sehr früh an die Presse durchgestochen, was unmittelbar zu politischer und akademischer Aufregung mit großem Medienecho führte. Die Ministerin bestritt jegliche Verfehlung und erklärte öffentlich: »Ich werde kämpfen. Das bin ich mir schuldig, und das bin ich der Wissenschaft schuldig.«

Meine Aufgabe als Rektor war damals sicherzustellen, dass das Überprüfungsverfahren durch die Fakultät formal korrekt verläuft. Da Frau Schavan eine Tochter der Region war, genoss sie große Sympathien in der Düsseldorfer Gesellschaft und bis in den Hochschulrat hinein. Ihre Unterstützer wollten unbedingt einen Abbruch des Prüfverfahrens erreichen. Der Druck auf die Universität wuchs. In dieser Situation rief mich der Chefredakteur einer regionalen Zeitung an und bat mich dringend, ein klärendes Interview über das Verfahren mit ihm zu führen. Ich willigte ein. Es war ein sachliches Interview in Gegenwart eines meiner Mitarbeiter. Als das Mikrofon abgeschaltet worden war, sagte der Chefredakteur plötzlich: »Wissen Sie eigentlich, dass Sie aktuell der bestdurchleuchtete Wissenschaftler Deutschlands sind? Sie haben Glück: Man hat bei Ihnen nichts gefunden.« Dass es Versuche gab, in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Beteiligten an diesem Prüfverfahren nach Plagiaten oder anderen Unregelmäßigkeiten zu suchen, um diese zu desavou-

ieren, überraschte mich nicht. Aber dann fuhr der Chefredakteur fort: »Sie sollten aber doch eine Lösung finden, damit Frau Schavan nicht noch mehr Schaden nimmt. Sie selbst stehen doch auch an einer Weggabelung. Wenn Sie diese Sache so weiterlaufen lassen, nehmen Sie selber Schaden. Wenn Sie eine Lösung finden, werden Sie sicher dafür belohnt.« Als ich sarkastisch zurückfragte, ob die Belohnung in Form eines Schweizerischen Nummernkonto bestehen könne, lachte er und sagte: »Das wird doch anders gehandhabt. Sie kriegen interessante neue Jobs angeboten!« Ich brach danach das Gespräch ab. Der Chefredakteur war ja ohnehin nur der Laufbursche für die Botschaft. Die Szene hätte in Coppolas Film »Der Pate« gepasst. Als ich meinen Mitarbeitern später davon erzählte, waren alle konsterniert und bedrückt. Derlei hatten wir alle in unserem akademischen Leben noch nicht erlebt.

Der öffentliche Druck verstärkte sich. Insbesondere gerieten der Dekan, der Vorsitzende der Prüfungskommission und ich als Rektor in den Fokus der Presse. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen merkwürdige Kommentare zu meinen Publikationen und zu denjenigen des Dekans. Man hatte zwar nichts gefunden, womit man hätte schießen können, aber der Tenor der Berichte war unterschwellig herabsetzend. Das war nicht lustig. Als die Fakultät den Entzug des Doktorgrades beschloss, trat die Ministerin zurück. Im Nachgang wurde die Entscheidung der Fakultät durch das von Frau Schavan angerufene Verwaltungsgericht bestätigt.

Während des politisch motivierten »Entlastungsfeldzugs« für Frau Schavan wurden an mich als Rektor sehr kuriose Argumente herangetragen. Ein prominenter älterer Erziehungswissenschaftler behauptete ernsthaft, dass es in den Geisteswissenschaften, der auch Schavans Doktorarbeit zuzurechnen sei, keinen Unterschied zwischen Paraphrase und Plagiat gebe. Ich war versucht nachzufragen, ob er auch selbst Ideen anderer im nacherzählenden Stil als seine eigene ausbebe. Der Philosoph Peter Sloterdijk äußerte den originellen Gedanken im Fernsehen, dass man eine Promotion als »säkulares Analogon« der unauflösbaren katholischen Priesterweihe ansehen solle und deshalb eine Promotion nicht zurücknehmen dürfe (Interview mit Peter Voss in 3Sat am 18.02.2013, s. Youtube). Prominente Juristen verwiesen auf die Verjährung im Strafrecht, obwohl es sich hier nicht um Strafrecht, sondern um Verwaltungsrecht handelte. Der Präsident einer anderen Universität rief mich unter einem Vorwand an und sagte: »Herr Piper, wir müssen doch die Ministerin retten. Ich habe mitbekommen, dass sie Teile ihrer Doktorarbeit einfach abgeschrieben hat. Das ist natürlich nicht in Ordnung. Aber sind nicht eigentlich die damaligen Gutachter daran schuld, weil sie diese Plagiatsanteile nicht auf-

gedeckt haben und deshalb diese Stellen nicht herausgestrichen wurden? Der nicht betroffene Rest der Arbeit könnte doch immer noch die Verleihung des Dokortitels rechtfertigen.« Ich war zunächst sprachlos, dann sagte ich: »Wie verfährt denn Ihre Universität bei Examensarbeiten von Studierenden, bei denen der Professor ein Plagiat entdeckt? Hat er dann die Pflicht, diese Arbeit zu ›putzen‹, um den Rest dann als echte Examensleistung anzuerkennen?« Seine kurze Erwiderung war: »Hier geht es aber nicht um eine kleine Studentin, sondern um unsere Wissenschaftsministerin.« Und damit legte er auf. Ähnlich äußerte sich ein Professor unserer Düsseldorfer Universität, der als Senatsmitglied immer besonders wendig war. Er sagte zu mir: »Redlichkeit ist schön, wenn Sie in den Spiegel schauen wollen. Aber Sie müssen ja dabei nicht über Leichen gehen.«

Die Zeit vom Bekanntwerden der Prüfung durch die Düsseldorfer Philosophische Fakultät bis zum Urteil des Verwaltungsgerichts betrug mehr als ein Jahr. Immer mehr Menschen mischten sich ein – so auch führende Persönlichkeiten der verschiedenen Forschungsinstitutionen des Bundes, die vom Wissenschaftsministerium finanziert wurden und auch für die eigene Zukunft Interessenerwartungen an die Ministerin hatten. Normalerweise hätten diese Personen heilige Eide geschworen, dass jede Forschungsinstitution jegliche wissenschaftliche Fälschung aufklären müsse. So verhielten sie sich auch noch 2011 im Fall der deutschen EU-Politikerin Silvana Koch-Mehrin, die man nach Aufdeckung von Plagiaten in ihrer Dissertation für unwürdig erachtet hatte, noch weiterhin in einem EU-Ausschuss zum Thema Bildung und Wissenschaft zu sitzen. Aber jetzt, nur ein Jahr später, war das Ziel die Rettung der Ministerin durch Beendigung des Prüfverfahrens. Auch der eigene Hochschulrat mischte sich ein, obwohl er keine Zuständigkeit für das akademische Verfahren hatte. Der Druck lastete besonders stark auf dem Vorsitzenden der Prüfungskommission, einem Professor der Fakultät, und dem Dekan. Nachgegeben haben Fakultät und Universität nicht. Die Arbeit der ehemaligen Studentin Annette Schavan wurde genauso behandelt, wie jede andere Dissertation eines Studierenden bei Plagiatverdacht behandelt worden wäre. Der Dekan hat dankenswerter Weise in einem Bericht für den Senat die Eingriffe von außen in die inneren Angelegenheiten der Fakultät festgehalten – »Bericht des Dekans der Philosophischen Fakultät der HHU an den Senat« aus dem Jahre 2014.

Erst nach dem Abschluss des Verfahrens konnte ich über folgendes Nachspiel lachen: Ich wurde gebeten, eine Veranstaltungsreihe in Düsseldorf zu eröffnen. Gastredner war Daniel Cohn-Bendit. Der frühere 1968er Aktivist

war inzwischen ergraut und Europa-Parlamentarier geworden. Der Gastgeber sprach als erster, dann wurde ich vorgestellt als »Professor Dr. Dr. Piper«. Als Cohn-Bendit dran war, sagte er mit Blick auf mich: »Ich bin froh, dass ich keinen Doktor gemacht habe. Sie haben zwei. Doppeltes Risiko.« Es brauchte ein paar Sekunden, bis der Witz angekommen war. Aber dann quittierte das Publikum Cohn-Bendits Schlagfertigkeit mit befreiendem Lachen.

Als ein Jahr später meine Wiederwahl anstand, wurde diese gezielt hintertrieben. Beglückend war in dieser Situation die Loyalität meines Präsidiums. Die letzten Monate meiner Amtszeit haben das Präsidiumsteam mit mir zusammen mit Anstand zu Ende gebracht. Kurz danach eröffnete sich für mich die Möglichkeit, Universitätspräsident in Oldenburg zu werden.

Zeitgeist

Die Universitäten stehen in der Mitte unserer Gesellschaft und werden deshalb – zum Guten oder zum Schlechten – auch vom Zeitgeist erfasst. Sie sind einerseits Ideengeber für die Gesellschaft, andererseits auch Resonanzboden für Strömungen in der Gesellschaft. Themen, die die politische Diskussion der Gesellschaft aktuell besonders beschäftigen, haben Nachhall in Forschung und Lehre. Solche Themen waren und sind in den letzten Jahren Gleichstellung/Diversität, Flucht/Migration, Nachhaltigkeit/Klimaschutz sowie andere Megatrends wie z.B. Digitalisierung. Diese Themen fließen in die Lehre ein. Zum Teil werden auch spezielle Studiengänge daraufhin ausgerichtet, wie »Gender Studies«, »Migration Studies«, »Nachhaltiges Bauen«. In der Universität entscheiden die Professoren selbst, ob sie ihre Forschung nach gesellschaftlichen Trendthemen ausrichten. Anreize hierzu kommen durch speziell ausgerichtete Förderungsprogramme, die typischerweise politisch initiiert werden. Es kann für Wissenschaftler schädlich sein, wenn sie den Trendthemen nachlaufen. Denn sie erreichen nur dann die Spitze ihrer Disziplin, wenn sie diejenigen Themen, die sie wirklich faszinieren, konsequent bearbeiten und sich nicht zu sehr vom schwankenden Zeitgeist ablenken lassen. Der Erfolg in der Forschung ist in der Regel ein Langstreckenlauf. Das Privileg eines auf Lebenszeit berufenen Professorenamts schafft dafür die Basis.

Die Universitäten bilden auch einen besonderen Resonanzboden für »Political Correctness«. Diesen Begriff habe ich zum ersten Mal vor zwei Jahrzehnten in Gesprächen mit amerikanischen Kollegen gehört, als wir über die ethnische Vielfalt ihrer Studierenden sprachen. Inzwischen ist das Wort in unserer

Gesellschaft angekommen. Es wurde zu einem schwammigen gesellschafts-politischen Begriff, der eine durch spezielle Wortwahl ausgedrückte Diskriminierung von (vermeintlich) gesellschaftlich benachteiligten Minoritäten bezeichnet. Die Verwendung dieses Begriffs setzt voraus, dass man weiß, worin »Diskriminierung« und »gesellschaftliche Nachteile« bestehen können und wie man eine »Minorität« definiert. Das ist ziemlich kompliziert. Zumal, weil die Zahl und Art der Minoritäten in einer freien Gesellschaft immer wieder neu definiert werden können, wie der amerikanische Soziologe Dov Ronen in dem klugen Buch »The Quest for Self-Determination« (1979) erklärt hat. Die heute wahrgenommene Diversität unserer Gesellschaft stellt demnach nur eine Momentaufnahme dar.

Die Forderung nach Political Correctness ist manchmal eine Kampfansage an den trägen Mainstream durch eine gesellschaftliche Minorität oder eine ideologisch geprägte Gruppe, die Rechte verlangt, die ihr der Gesetzgeber nicht zubilligt. Es wird in hohen Tönen an eine übergesetzliche Moral appelliert. Für die politisch engagierten Vertreter der Studierenden im Senat sind Themen der Political Correctness häufig Anlässe, gesellschaftliche Missstände anzuprangern. Die meisten Studierenden kommen allerdings selber aus der Mainstream-Gesellschaft. Ihnen geht es ganz überwiegend nicht um Klassenkampf und eine gesellschaftliche Umwälzung, sondern um Chancengerechtigkeit. Diese Form von Political Correctness wird verstanden als Vollendung der ohnehin schon recht guten Gesellschaft – sozusagen um die Komplettierung von Wohlstand, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit für alle. Ich finde, dagegen kann man nichts sagen – außer, dass diese Vision niemals erfüllbar ist.

Manchmal hakt der gute Wille zur Political Correctness auch beim falschen Objekt ein. Als Präsident in Oldenburg ging bei mir eine aufgeregte Beschwerde einer Studentin ein, die sich über die Verwendung des sogenannten »N-Worts« in einem Literaturseminar empörte. Es stellte sich heraus, dass in diesem Seminar Literatur aus kolonialer Kultur besprochen wurde und in den Texten der Begriff »negro« vorkam. Ich lud sie zusammen mit einer AStA-Vertreterin zu einem persönlichen Gespräch ein. Sie war zu Anfang noch sehr empört über diesen offensichtlichen Fall von Rassismus an ihrer Universität. Ich fragte sie, ob dieses Wort so vorgetragen worden sei, dass es als Beleidigung für individuelle Teilnehmer des Seminars verstanden werden konnte. Sie sagte, das sei nicht der Fall. Ich fragte sie, wie man sich mit solchen »historischen« Texten auseinandersetzen könne, wenn man deren Wortlaut gar nicht lesen oder vorlesen dürfe. Sie sagte, dass solche rassistischen Texte an der Universität überhaupt nicht behandelt werden dürften. Die AStA-Vertreterin schalte-

te sich ein und meinte, dass sie erwartete, dass bei der Analyse solcher Texte die herabsetzende Funktion rassistischen Bezeichnungen klar gemacht würde. Und zudem fände sie es gut, wenn man anhand solcher Literatur eine Vorstellung davon bekommen könne, wie es in Sklavenstaaten zugeht. Danach war die Studentin sehr betreten. Sie hatte ein Zitat mit einer tatsächlichen Aussage verwechselt und damit ihren Dozenten irrtümlich in die Reihe der Sklavenhalter eingeordnet. Durch ihre Hypersensibilität zu Themen der Political Correctness war es ihr entgangen, dass man eine bessere Welt nicht dadurch schafft, dass man über alles »Unkorrekte« ein generelles Sprechverbot verhängt.

Ein prominentes Beispiel für das Bestreben der akademischen Gesellschaft um Political Correctness ist das »Gendern« der deutschen Sprache. Das bedeutet, dass man sich bei Personenbezeichnungen »geschlechtsneutral« ausdrücken soll, sodass Frauen, Männer und Personen mit anderen Geschlechtsidentitäten sich gleichermaßen angesprochen fühlen. In der deutschen Alltagssprache werden Funktionsbezeichnungen von Personen in Form des »generischen Maskulinums« verwendet. Man geht zum Fleischer, zum Buchhändler, zum Anwalt und zum Arzt. Auch die Gesetzestexte und Verwaltungsvorschriften sind so verfasst. So reden auch Professorinnen und Professoren im persönlichen Gespräch. So reden ebenfalls die Studierenden in der Mensa miteinander – »Der Koch hat die Suppe versalzen.« In offiziellen Reden habe ich mich aus Höflichkeit bemüht, die männliche und weibliche Personenbezeichnung gleich oft zu verwenden, so wie es bei öffentlichen Repräsentanten schon länger üblich ist.

Als Präsident habe ich gelernt, dass die Ansprüche beim Thema Chancengerechtigkeit niemals erfüllbar sind, selbst wenn wir alle im »Gender-Deutsch« sprechen würden. Der Blick in englischsprachige westliche Länder zeigt im Übrigen, dass es dort um die Gleichstellung nicht besser bestellt ist als in Deutschland, obwohl das Englische keine grammatikalischen Wortgeschlechter kennt und insofern geschlechtsneutral ist. Die Idee, dass durch die Alltagssprache soziale Benachteiligungen zementiert werden, liegt auch der in amerikanischen Universitäten entstandenen radikalen sozialpolitischen »Woke«-Bewegung mit ihren speziellen Vorstellungen von »Social Justice« zu Grunde. Diese Theorie geht weit über die oben geschilderten Bemühungen zur Chancengerechtigkeit hinaus. Sie ist von dem Dogma geprägt, dass die liberalen demokratischen Gesellschaften und die Wissenschaft selbst ein verborgenes soziales Unterdrückungssystem darstellen, das sich vor allem in der Sprache manifestiert. Die Welt der wissenschaftlichen »Fakten« wird nur als Konstrukt dieses manipulativen Systems wahrgenommen. Das klingt

ziemlich weit hergeholt, und es ist erstaunlich, dass diese Theorie besonders in der akademischen Welt – auch in der deutschen – großen Widerhall findet.

In Gießen habe ich den originellen Philosophen Odo Marquard kennen gelernt, der in seiner Essaysammlung »Philosophie des Stattdessen« (2021) die Hypersensibilität unserer Gesellschaft am Beispiel des Märchens der »Prinzessin auf der Erbse« erläuterte: »Wer – fortschrittsbedingt -- unter immer weniger zu leiden hat, leidet unter diesem Wenigen immer mehr: Er ähnelt der »Prinzessin auf der Erbse«, die, weil sie unter nichts anderem mehr zu leiden hatte, nur unter einer Erbse litt. Denn vielleicht bleibt der Leidensbedarf der Menschen in etwa konstant«. Er nannte dieses Phänomen »den Satz der Erhaltung des Negativitätsbedarfs«. Da ist wirklich etwas Wahres dran. Wo die vernünftige Grenze von berechtigter sozialer Sensibilität und Hypersensibilität liegt, kann ich nicht sagen. Zu den erklärten Zielen unserer Gesellschaft gehört die Chancengerechtigkeit für alle Mitglieder der Gesellschaft. In meiner Jugendzeit hatten Frauen nicht die gleichen Chancen wie Männer. Die politische und gesetzliche Förderung von Gleichstellung hat die Gesellschaft seitdem stark verändert. Man sollte bei diesen sehr vernünftigen Bemühungen aber nicht vergessen, dass es keinen Idealzustand für Chancengerechtigkeit gibt, weil die Menschen nicht gleich sind und auch nicht gleich leben wollen. In einer freien Gesellschaft bilden sich ständig und spontan neue soziale Gruppen, die aus selbstbestimmten Gründen ihren eigenen Traum leben wollen. Jede dieser neuen Minoritäten fordert von der Mehrheit Gleichberechtigung.

Bedrohte Forschungsfreiheit

Innerhalb der Universität gibt es gelegentlich hitzige Auseinandersetzungen, die das freie Denken in Forschung und Lehre bedrohen. In meiner Studentenzeit in den 1970er Jahre war der Kampf von weltanschaulicher Gesinnung gegen den Geist der Wissenschaft an der Tagesordnung. Ich erinnere mich an eine Chemievorlesung, in der plötzlich eine »Go-in«-Aktion stattfand. Ein Dutzend von jungen Aktivisten stürmten in den Hörsaal, entrissen dem verdatterten Professor das Mikrofon und schrien, dieses Chemieinstitut müsse von der »kapitalistischen Wissenschaft« gereinigt werden. Als der abgedrängte Professor wieder zu sich kam und das Mikrofon zurückbekommen wollte, kam es zu einem Handgemenge, in dem der Professor sich körperlich wehren musste: Er schlug um sich. Die »Besetzer« hatten offenbar nicht damit gerechnet und waren jetzt selbst ratlos. Da der Funke ihrer Aktion im Saal nicht übergesprun-

gen war, verließen sie den Saal. Der aufgeregte Professor versuchte, seine Vorlesung noch zu beenden, aber als er merkte, dass ihm keiner mehr zuhörte, verließ auch er den Hörsaal. In dieser Zeit war das kein Einzelfall.

Während des bundesweiten »Bildungsstreiks« im Jahre 2009 gab es an den Universitäten ähnliche Ereignisse, die in einigen Fällen in Gewalt umschlugen. Ich war zu dieser Zeit Rektor der Universität Düsseldorf. Auch dort kam es zum »Streik« der Studierenden, und ein großer Hörsaal wurde besetzt, in dem das Streikkomitee zündende Reden hielt. Das Anliegen der Studierenden war nicht gegen die Wissenschaft gerichtet, sondern gegen die Studiengebühren und die befürchtete Einschränkung ihrer Studienfreiheit durch die Bologna-reform. Da der Adressat der protestierenden Studierenden nicht die Universität, sondern die Politik war, blieb die Bedrohung von Professoren in Düsseldorf aus. Obwohl wir am Ende den Hörsaal räumen lassen mussten, damit der Lehrbetrieb wieder aufgenommen werden konnte, blieben die Streikwochen in Düsseldorf friedlich, vielleicht auch deshalb, weil das Rektorat immer im Gespräch mit den Streikenden blieb. Aber es hätte auch anders enden können.

In Oldenburg erlebte ich einen anderen Fall. Für eine universitäre Festveranstaltung hatte das Präsidium einen prominenten Volkswirtschaftler als Festredner eingeladen. Als das Programm der Veranstaltung bekanntgegeben wurde, erhoben sich wütende Stimmen aus den Reihen der Universität gegen diese Einladung. Ich bat einige der Protestierenden zu einem Gespräch. Es stellte sich heraus, dass sie sich besonders an Veröffentlichungen des Eingeladenen rieben, die die europäische Energiepolitik auf einen wirtschaftswissenschaftlichen Prüfstand stellten. »In Oldenburg sind wir immer nachhaltig«, wurde mir erklärt. »Solche Kritiker passen nicht hierher. Sie sollten jemanden einladen, der unsere Position vertritt.« Erst als ich das Angebot machte, den Gast zu fragen, ob er sich an diesem Festtag noch zuvor in einem Seminar diesen Fragen stellen würde, beruhigte sich die Aufregung. Der Gast willigte ein, kam mutig nach Oldenburg und meisterte sowohl das Seminar als auch den Festvortrag souverän.

Es gab in den letzten Jahren immer wieder Vorfälle an Universitäten, bei denen Wissenschaftler verbal oder physisch attackiert wurden. Dazu gehörten insbesondere solche, die über ein Thema mit großer gesellschaftlicher Wahrnehmung arbeiteten und sich mit den dort vorherrschenden Theorien kritisch auseinandersetzten. Ähnlich wie in der zuvor geschilderten Episode wurde ihnen vorgeworfen, dass sie durch ihre Kritik vom »Pfad der Wahrheit« abwichen. In solchen Fällen wird aber nicht nur der betroffene Wissenschaftler bedroht, sondern es geht auch um den Kern der Wissenschaft, der auf uneinge-

schränkter Freiheit und Befähigung zur Kritik beruht. Die rabiaten Streiter für die vermeintliche »Wahrheit« verstehen nicht, dass jede aktuelle wissenschaftliche Mehrheitsmeinung nur so lange Bestand hat, wie sie der ständigen Kritik standhält.

Neben gesellschaftlichen sind auch häufig biologische Forschungsthemen häufig Anlass zu Attacken auf Wissenschaftlicher. Schon fast traditionell gehören die medizinische Grundlagenforschung mit Tierexperimenten oder die Agrarforschung mit grüner Gentechnik dazu, obwohl auf beiden Gebieten nur nach strengen gesetzlichen Vorgaben die Arbeit aufgenommen werden kann und deren Einhaltung auch kontrolliert wird. Wer mit diesen Methoden arbeitet, muss leider damit rechnen, dass er früher oder später öffentlich und – noch schlimmer – in der eigenen Universität an den Pranger gestellt wird. Nicht selten kommt es zu gewaltsamen Angriffen auf die Wissenschaftler im beruflichen und privaten Bereich, z.B. Zerstörung des Labors oder des Versuchsfeldes, Graffiti in der Universität und am Privathaus, Shitstorms in den sozialen Medien und zerstoche Reifen.

Für die Forscher in den genannten biologischen Disziplinen ist es mehr als irritierend, wenn sie an den Pranger gestellt und persönlich bedroht werden, obwohl ihre Forschungstätigkeit alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Sie sind zudem überzeugt, dass sie etwas Richtiges tun, indem sie über Krankheiten oder die Nahrungsgrundlage der Menschheit forschen. Sie können sich nicht vor den Anwürfen weg ducken, denn dann wird ihnen unterstellt, dass sie etwas zu verbergen hätten. Und sie wollen ihre Forschungsergebnisse auch gar nicht verstecken, sondern diese in Fachjournalen veröffentlichen, um das globale Wissen zu bereichern. Es ist deshalb für die Wissenschaftler am besten, wenn sie den Mut fassen, Sinn und Methode der eigenen Forschung immer wieder neu und öffentlich zu erklären und dadurch zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen. Das müssen sie selbst tun, denn ihr Forschungsthema wurde ja von ihnen frei gewählt. Allerdings sollten sie von ihrer Universität professionelle Hilfe für Medienauftritte durch die Presseabteilung bekommen, damit sie ihre Botschaft auch so formulieren können, dass diese einem Laienpublikum verständlich wird. Es hilft auch sehr, wenn die wissenschaftliche Mannschaft innerhalb des Forschungsinstituts einen attackierten Wissenschaftler nicht alleine stehen lässt, sondern sich an der öffentlichen Kommunikation beteiligt. Für die medizinische und biologische Grundlagenforschung wurde mühsam gelernt, dass man nur durch aktive Kommunikation innerhalb der eigenen Universität und auch in der Öffentlichkeit vermeiden kann, dass einzelne Wissenschaftler persönlich verunglimpft und attackiert werden.

Es gibt auch noch ein weiteres heikles Thema, das immer wieder in den Fokus kommt: Die sogenannte »Kriegsforschung«. In meiner Zeit als Dekan in Gießen forschte eine Gruppe in der Medizin über Hörschäden. Es wurde bekannt, dass sie Fördergeld von der Bundeswehr erhielt. Zu mir ins Dekanat kam eine Abordnung von Medizinstudierenden, die sich beschwerten, dass die Fakultät Kriegsforschung in ihren Reihen zuließe. Ich wusste, dass es in diesem Projekt um Vermeidung und Behandlung von Knalltraumata des Gehörs von Wehrpflichtigen in der Bundeswehr ging, die etwa so jung waren wie diese Studierenden, und erklärte es den Beschwerdeführern so. Ich fragte, ob es nicht aus medizinischer Sicht geboten sei, den Angehörigen der Bundeswehr den bestmöglichen Gesundheitsschutz angedeihen zu lassen? Sie beharrten aber darauf, dass jegliche Forschung »für das Militär« in der Universität verboten werden müsse. Ich entgegnete, dass weder ich und noch der Universitätspräsident dieses Forschungsvorhaben verbieten könne. Die Bundeswehr stehe in unserem demokratischen Staat unter der Kontrolle des Deutschen Bundestages. Für die Studierenden zu Anfang der 2000er Jahre war die Bundeswehr vermutlich ein gefährliches Relikt des Kalten Krieges. Heute, zwei Jahrzehnte später und seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine, wo die Verteidigungsfähigkeit des demokratischen Europas auf dem Prüfstand steht, wären sie möglicherweise anderer Meinung.

An deutschen Universitäten war in den letzten fünfzig Jahren eine radikal-pazifistische Haltung sehr verbreitet, d.h. dass jegliche Rüstung unterbleiben solle, um den Frieden nicht zu gefährden. Rund um die Universität sollte ein tiefer Graben zu allem Militärischem gezogen werden. Viele deutsche Universitäten haben als eine Art von Selbstverpflichtung eine sogenannte »Zivilklausel« unterschrieben. Die Universität Oldenburg betont ihr Bekenntnis zum Pazifismus schon durch ihre Namenswahl. Seit 1991 heißt sie »Carl von Ossietzky Universität Oldenburg«. Die Universität hat sich den sehr mutigen, pazifistischen Journalisten und Friedensnobelpreisträger (1935), der 1938 Opfer des Nationalsozialismus wurde, bewusst zu ihrem Namenspaten gewählt. In der Grundordnung der Universität Oldenburg aus dem Jahr 2016 lautet die Zivilklausel wie folgt: »Die Universität lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab. Die Forschung an der Universität und in ihren Kooperationsvorhaben dient der Gewinnung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis, deren allgemeiner Verbreitung und praktischer Nutzung für friedliche und die natürlichen Lebensgrundlagen erhaltenden Zwecke. Im Zweifelsfall soll die Antragstellerin oder der Antragsteller eines Forschungsprojekts den Nachweis

führen, dass das beabsichtigte Forschungsziel nicht militärischen Zwecken dient.«

Die Oldenburger Zivillklausel in Form einer Deklaration ist – wie andere Formulierungen – kaum anwendbar und greift einerseits zu weit, andererseits zu kurz. Zu weit, weil sie wie im o.g. Beispiel die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr grundsätzlich in Frage stellt. Zu weit auch, weil diese Formulierung die Forschungsfreiheit der Wissenschaftler einzuschränken droht. Zu kurz, weil sie das große Problem vom »Dual Use« solcher Forschungsergebnisse nicht angemessen adressiert, die sowohl segensreich als auch destruktiv genutzt werden können. Ein Beispiel wäre die Entwicklung von Flugdrohnen zur Erfassung von Waldschäden und der Erkundung von gegnerischen Truppen im Kriegsfall. Die begriffliche Beschränkung auf das »Militärische« erfasst übrigens nicht die realen Bedrohungen durch subversive Hackerangriffe.

Die Forschungsorganisationen DFG und Leopoldina haben sich in der Denkschrift »Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung. Empfehlungen zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung« (2014) den Fragen von Dual Use angenähert. Diese lesenswerte Schrift zeigt, dass die Forschungsverantwortung nicht einfach durch eine »Zivillklausel« reglementiert werden kann. Sie beschreibt das Problem von Dual Use, aber kommt nicht zu klaren operativen Lösungen und kann es auch nicht. Die Dual-Use-Problematik ist nicht grundsätzlich auf der Ebene der Grundlagenforschung zu lösen, und Ethikkommissionen der Universitäten sind dabei in der Regel überfordert. Die großen naturwissenschaftlichen Entdeckungen in den letzten einhundert Jahren, z.B. der Röntgenstrahlung, der Atomkraft, der modernen Chemie, der molekularen Genetik und der digitalen künstlichen Intelligenz, haben der Menschheit gedient und auch geschadet. Die Universitäten können nicht Wächter darüber sein, ob diese Erkenntnisse in bestimmten politischen Systemen missbraucht werden können. Das ist ein Dilemma – nicht für die Grundlagenforschung, sondern für die politische Weltordnung.

Fakten

Die Wissenschaft wird getrieben von der Neugier des Individuums auf neue Erkenntnisse. An der Universität lernt man, dass es großer Anstrengung bedarf, wirklich neue und allgemeingültige Erkenntnisse in einem speziellen Wissensgebiet zu erlangen. Die Anstrengung liegt im wissenschaftlichen Pro-

zess selbst. Er beginnt mit Hypothesen. Diese Ideen müssen sich dann in der langwierigen Arbeit an der Realität von Naturvorgängen oder Literaturquellen oder in einer mathematischen Beweisführung bewähren. Es gibt keine subjektive Erkenntnis von »Wahrheit«, sehr wohl aber eine kollektive Annäherung daran. Wenn man glaubt, eine neue Erkenntnis gewonnen zu haben, muss man sich der rigorosen Kritik der eigenen Fachdisziplin stellen. Nur nach dieser stufenförmigen methodischen Selbstkritik kann eine neue Erkenntnis in einem wissenschaftlichen Artikel öffentlich kundgetan werden und damit in das Wissen der Menschheit aufgenommen werden. Das so erlangte Wissen wird normalerweise »Fakten« genannt.

Die Selbstkritik der Wissenschaft wird häufig in Frage gestellt. Die Kritiker bezweifeln, dass im elitären Zirkel der Wissenschaftler echte Kritik möglich sei, denn: »Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.« Stattdessen müsse sich die Scientific Community der Kritik der allgemeinen Gesellschaft unterwerfen. Die Community sei »undemokratisch«, weil sie ihre Erkenntnisse nicht durch ein Mehrheitsvotum der allgemeinen Gesellschaft bestätigen ließe. Gelegentlich wird sogar unterstellt, dass die Wissenschaftler die Welt durch verdrehte Fakten manipulieren und gar eine »Verschwörung« anzetteln wollen. Das ist ziemlich weit hergeholt. Wissenschaftler an Universitäten und öffentlichen Forschungsinstituten leben in der Mitte der Gesellschaft und müssen sich häufig für ihr von der Gesellschaft bezahltes Tun rechtfertigen. Bei solchen Rechtfertigungen geht es typischer Weise um den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Tätigkeit und nicht um ihr Bemühen um neue Erkenntnisse. Für ihre schwierige Erkenntnisarbeit hat die allgemeine Gesellschaft keinerlei Kompetenz, weil dem Laien das spezielle Vorwissen und die methodische Fertigkeit abgehen, das jeweilige Thema zu erforschen. Die oben genannten Verdächtigungen der Wissenschaftler basieren darauf, dass die methodische Arbeitsweise der Wissenschaft für den Laien schwer verständlich ist. »Selbstkritik« kommt im Alltag nur selten vor, am ehesten in Form einer persönlichen Entschuldigung für eine Unhöflichkeit. In der Laienwelt wird deshalb häufig schlicht nicht geglaubt, dass in der Forschung jedes Detail eines Erkenntnisprozesses ständig fachlicher Kritik unterworfen wird und dass dieses methodisch notwendig ist. Ein Laie wundert sich, wenn er mal bei einem wissenschaftlichen Vortrag Zeuge kritischer Fachfragen an den Redner wird und dieser gar nicht darauf nicht betroffen reagiert. Im Gegensatz empfindet es der Wissenschaftler als Enttäuschung, wenn ihm zu wenige Nachfragen gestellt werden.

Da die Wissenschaftler immer wieder den aktuellen Erkenntnisstand überprüfen, um von dort weiterzuarbeiten, stellt sich manchmal heraus, dass es für den untersuchten Sachverhalt noch eine bessere Erklärung gibt oder Fehler in der Methodik übersehen wurden. Dadurch können sich die Fakten ändern. Für Studierende ist es anfangs schwer zu verstehen, dass die Fakten in ihren Lehrbüchern Korrekturen unterworfen werden können. Für die Laienwelt ist es naturgemäß noch schwerer. Es löst regelmäßige Irritationen in der nicht-wissenschaftlichen Welt aus, wenn »Fakten« von Wissenschaftlern korrigiert werden. Das spielt in die Hände von Personen und Institutionen, die bestimmte Fakten nicht wahrhaben wollen, die Fakten der Wissenschaft als »falsche Fakten« verunglimpfen und wissenschaftliche Informationen als »Fake News« bezeichnen. In der unübersehbaren Welt von Social Media kann man »Fakten« von »falschen Fakten« nicht leicht unterscheiden. Im persönlich ausgetragenen Diskurs zwischen Dozenten und Studierenden gibt es aber gute Gelegenheiten, die Unterschiede zu analysieren und verstehen zu lernen.

Auch Wissenschaftler sind in Gefahr, »falschen Fakten« auf den Leim zu gehen oder durch Unterlassung von Quellenprüfung und Widerspruch solche Irreführungen zu unterstützen. Es ist irritierend, wenn sich Wissenschaftler auf Grund der von ihnen erhobenen Fakten zu Extrapolationen hinreißen lassen, die nicht von den Fakten gedeckt sind. Wenn sich die Vorhersagen als falsch herausstellen, entsteht der Eindruck, dass die Fakten selbst nur »falsche Fakten« waren. Zu Beginn der 1980er Jahre befeuerte das Thema »Waldsterben« in Deutschland die erste große politische Umweltdebatte. Es wurde beobachtet, dass Bäume in großer Zahl abstarben und dass dies auch in Regionen geschah, die entfernt von den großen Ballungszentren lagen, z. B. im Solling in der Nähe von Göttingen. Die Erkenntnisse der Forstwissenschaftler fanden schnell den Weg in die Medien, zusammen mit der Hypothese, dass das Baumsterben durch die Ansäuerung von Niederschlägen ausgelöst würde, die Schwefelsäure aus dem Verbrennen von fossilen Brennstoffen enthalten. Die Forstwissenschaftler waren plötzlich im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, ähnlich wie die Virologen während der Corona-Pandemie. Modellartige Extrapolationen der Wissenschaftler erweckten den apokalyptischen Eindruck, dass in wenigen Jahren der deutsche Wald verschwinden würde. Die Fakten zu dieser Zeit waren dünn, und die Apokalypse traf nicht ein. Dafür gibt es verschiedene Erklärungen. Erstens wurden nach diesem Schock die Schwefelemissionen merklich gesenkt. Zum anderen wurde klar, dass noch weitere Ursachen für das massenhafte Baumsterben in dieser Zeit unglücklich zusammengekommen waren. Dazu zählten Dürre und der damit

verbundene Befall von Bäumen durch Schädlinge und deren Ausbreitung in Wald-Monokulturen. Im Rückblick kann man fragen, ob und wieviel die Wissenschaftler zu dieser Panik in der deutschen Bevölkerung beigetragen haben. Auf jeden Fall hat die Vermischung von Fakten und nicht ausreichend gekennzeichneten Extrapolationen der Glaubwürdigkeit der Wissenschaft damals geschadet.

Wie schon erläutert, war im ersten Jahr der Corona-Pandemie auch der Umgang mit den Fakten für die Öffentlichkeit schwer zu verstehen. Die wissenschaftlichen Experten wurden in den Talkshows immer wieder gedrängt, Prognosen jenseits der tatsächlich vorhandenen Fakten vorzunehmen, und manchmal ließen sie sich dazu verführen. Bis heute ist die Faktenlage unzureichend, weil die Begleitforschung mangels einer umfassenden Datenerfassung unterblieb, wie die »Expertenkommission der Bundesregierung« im Sommer 2022 monierte. Die Einbindung von wissenschaftlichen Expertenmeinungen in politische Willensbildung hat, wie diese Beispiele zeigen, zwei Seiten. Einerseits wird von den Wissenschaftlern erwartet, dass sie ihr Wissen wertfrei weitergeben. Andererseits besteht durch Verkürzung ihrer wissenschaftlichen Darstellungen in öffentlichen Auftritten die Gefahr, dass diese als politische Positionen wahrgenommen werden. Ich bin der Meinung, dass es für die Wissenschaft in Krisenzeiten das Beste ist, die Öffentlichkeit und die Politik durch sorgfältig ausgearbeitete Stellungnahmen von Expertenkommissionen über den aktuellen Forschungsstand zum Thema der Krise zu informieren. Schlagabtausch in Talkshows sind in der Regel nicht hilfreich.

Lektionen aus der Corona-Zeit

Wie alle Lebensbereiche erfasst die Digitalisierung heute auch die Universitäten. Ein großer Schub kam durch die Umstände der Corona-Pandemie, da in großer Eile die Bürotätigkeiten ins Homeoffice verlegt wurden und das Studium weitgehend mit digitaler Kommunikation durchgeführt wurde. Ich erinnere mich an die Ausnahmesituation im März 2020, als die Universität Oldenburg ihre Türen schließen musste, und wir im Präsidium fieberhaft nach Lösungen suchten, um den Semesterstart im Mai noch zu ermöglichen. Es zeigte sich, dass unsere IT-Abteilung über ein ganzes Arsenal von Software-Tools für Lehre und die Verwaltung verfügte, die bisher nur sehr selten benutzt worden waren. Mit diesen Tools ging es los, man half sich gegenseitig, um seine Arbeiten und die Lehre auf diese Weise zu realisieren. Zum allgemeinen Erstau-

nen funktionierte diese »erzwungene Digitalisierung« des Universitätsbetriebes recht gut. Es war eine große kollektive Anstrengung. Am Ende des ersten »Corona-Semesters« waren alle erschöpft, aber auch stolz darauf, dass man es geschafft hatte, den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten.

Nachdem das erste digitale Semester ohne große Veranstaltungsausfälle für die Studierenden zu Ende gegangen war, verflog das Glücksgefühl über die eigene Notbewältigung schnell. Alle sehnten sich nach der Normalität des nicht-digitalen universitären Präsenzbetriebes zurück. Das lag vor allem daran, dass es spürbar wurde, dass die Universität die persönlichen Begegnungen als akademische Lebensform braucht. Besonders gravierend empfanden die Studierenden die Einsamkeit vor dem Bildschirm. Zudem waren die verfügbaren digitalen Tools nicht ideal, und sie wurden, als sie erst einmal liefen, nur behutsam verändert, um keine neue Unruhe zu erzeugen. Leider wurde die Hoffnung auf Normalität am Ende des ersten Corona-Semesters enttäuscht, weil nach einem Wellental schon die nächste Woge der Pandemie heranrollte. Es wurden zwei volle Jahre des digitalen Universitätsbetriebes in Oldenburg und andernorts in Deutschland. Erst im Sommersemester 2022 kehrten alle Hochschulen wieder in den Präsenzbetrieb zurück. Die Freude, wieder auf dem Campus lernen, lehren und arbeiten zu können, war sofort überall spürbar.

Was haben die Universitäten aus der Corona-Zeit gelernt? In der Verwaltung und in der Universitätsbibliothek bekam die sowieso begonnene Digitalisierung zusätzlichen Schwung. Im Bürobetrieb haben viele Mitarbeiter zum ersten Mal das Homeoffice ausprobiert. Die meisten wünschten sich nach dieser Erfahrung, dass sie diese neue Arbeitsweise weiterhin flexibel nutzen können, auch wenn sie die persönliche Zusammenarbeit mit Kollegen auf dem Campus vorziehen. Durch die Gewöhnung an tägliche Videokonferenzen haben alle gelernt, dass man auf diesem Wege recht gut kommunizieren kann. Bei den Wissenschaftlern wurde allerdings deutlich, dass der wissenschaftliche Diskurs mit Doktoranden und Kollegen nicht so leicht durch digitale Formate ersetzt werden kann. Für die akademische Selbstverwaltung mit ihren vielen Gremien war die Corona-Zeit sehr nachteilig. In den Videoschaltungen ließ sich die sonst sehr lebendige Debattenkultur kaum realisieren. Dadurch litt das innere Netzwerk der Universität, dass immer neu gesponnen werden muss.

Inzwischen ist es klar, dass die Studierenden die größten Leidtragenden der Corona-Zeit waren, weil sie nur zuhause allein vor ihren Bildschirmen pauken konnten. Es entfiel, ihr Studium in der Gesellschaft Gleichaltriger ge-

meinsam zu erarbeiten, über knifflige Fragen zu diskutieren und anstehende Prüfungen in der Gruppe vorzubereiten. Es entfielen auch die Erfahrungen im »Studentenleben«, das tatsächlich eine große soziale Bedeutung hat. Das gemeinsame Lernen und Leben auf dem Universitätscampus und in dessen Umgebung formt den Lebensweg jedes einzelnen Studierenden. Das Studentenleben stellt einen besonderen sozialen Freiraum zwischen Schule, Elternhaus und dem späteren Berufsleben dar. An diesen »Abenteuerspielplatz« wird sich später jeder Absolvent sein Leben lang erinnern, denn in dieser Zeit werden Freundschaften und Partnerschaften geschlossen. Es werden Weichen für das weitere Leben gestellt. Die soziale Bildung der Studierenden bedarf es normalerweise keiner ausgefeilten Animationsprogramme, sie entsteht von selbst auf dem Campus. Als Auftrag an die Universität wird die soziale Bildung durch das Studentenleben in keinem deutschen Hochschulgesetz erwähnt – und dennoch ist sie von elementarer Bedeutung für unsere Gesellschaft.

Die Erfahrungen in der Corona-Pandemie haben deutlich gemacht, wo die größten innovativen Potentiale bei der Digitalisierung an den Universitäten schlummern, nämlich im Bereich der Lehre. Das ist erstaunlich, denn es gab schon länger alle möglichen Ansätze für sogenanntes »E-Learning«. Diese spielten bisher nur ein Nischenleben. Jetzt wurden sie flächendeckend in die Realität katapultiert. In der Lehre wurden an vielen Stellen ganz neue Lehr-Lern-Formate ausprobiert, von denen manche es verdienen, weitergeführt zu werden. Was bei Studierenden und Lehrenden durchweg gut ankam, war, dass die herkömmliche Vorlesung sich in einer digitalen Form interessanter gestalten lässt, weil die Inhalte zeitversetzt und wiederholt angeschaut werden können und mit einer Chat-Funktion auch eine Diskussion zwischen dem Vortragenden und den Teilnehmern über die Inhalte der Vorlesung gestaltet werden kann. Es bietet sich deshalb an, dass man in Zukunft bei Vorlesungen Mischformen von Präsenz und digitaler Kommunikation benutzt. Mit digitalen Formaten ließen sich zudem in Zusammenarbeit mit anderen, insbesondere internationalen Hochschulen ganz neue Studiengänge gestalten, bei denen die Studierenden der beteiligten Hochschulen gemeinsam in einem virtuellen Klassenraum studieren. Interessant ist es auch, dass eine Universität ihre digitale Lehre weltweit vermarkten kann. Allerdings gibt es in bestimmten Studiengängen Bereiche, die nicht digital vermittelt werden können. Unverzichtbar sind praktische Lehrformate z.B. in Naturwissenschaft, Technik, Medizin und in den pädagogischen Fächern.

Einen bedenklichen Aspekt digitaler Lehre möchte ich nicht unerwähnt lassen. In der digitalen Lehre geht leider die Unschuld der freien Rede verloren, denn jeder Teilnehmer kann an seinem Bildschirm einen Mitschnitt herstellen, der unbemerkt bleibt. Als ich während der Pandemie die Senatssitzungen in digitaler Form leitete, erlaubte die Videosoftware es nicht, alle Teilnehmer gleichzeitig im Bild zu zeigen. Deshalb wurde auf dem Bildschirm nur mein Gesicht als Sitzungsleiter und das des jeweiligen Berichterstatters oder eines Fragestellers gezeigt. Ich sah mich stundenlang gespiegelt auf meinem Bildschirm an und versuchte, ein aufmerksames Gesicht zu zeigen und nicht zur Vorlage komischer Screenshots zu werden. Als Student fand ich solche Dozenten besonders interessant, die in freier Rede den Stoff mit Witz und Feuer vortrugen. Manchmal entgleiste eine verbale Zuspitzung und man lachte meist gemeinsam darüber. Manchmal beschwerten sich Studierende bei mir als Dekan oder als Präsident über eine unpassende Entgleisung eines Dozenten. In den meisten Fällen genügte mein Rat an den Dozenten, sich bei seinen Studierenden zu entschuldigen. Damit war der Fall erledigt. Mit einer digitalen Konservierung wird jeder Lapsus aufgebauscht, und das ist sehr bedauerlich.

Diese Übersicht zeigt, dass die digital übersetzbaren Anteile keine ganze Universität ergeben, aber interessante Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Zurzeit erzeugen die neuen digitalen Möglichkeiten Befürchtungen, dass die Campusuniversität überflüssig werden könnte, so wie schon bald die gedruckten Zeitungen in der Medienwelt überflüssig sein werden. Für diese Befürchtungen gibt es nach meiner Ansicht keinen Anlass. Stattdessen sollten die Universitäten die Möglichkeiten der digitalen Lehre ausloten und gleichzeitig sich dafür wappnen, der Politik zu erklären, worin der Wert der vielen Campusuniversitäten liegt. Es scheint mir klar, dass die heutige Universität nicht dort stehen bleiben kann, wo sie jetzt steht. So ähnlich sieht es auch der Wissenschaftsrat in seiner »Empfehlung zur Digitalisierung in Lehre und Studium« aus dem Jahr 2022.

Die Universität ist älter als jedes Unternehmen und älter als unser Staat. Sie hat prägenden Einfluss auf unsere Kultur, unsere sozialen und politischen Strukturen, unsere Gesundheitsversorgung sowie auf Wirtschaft und Technik. Sie ist die Ideenschmiede unseres Landes. Mehr als zuvor vermittelt sie großen Teilen der nächsten Generation intellektuelle und soziale Bildung. Ohne sie kann unsere Gesellschaft die großen Herausforderungen von heute und morgen nicht bestehen. Aber dafür muss sich auch die Universität selbst immer weiterentwickeln. Sie sollte die Gestaltung dieser Entwicklung mit ihrem Ideenreichtum selbst in die Hand nehmen, sonst wird die Politik am Ende al-

lein darüber entscheiden. Es gilt das kluge Wort des Fürsten aus dem Buch »Der Gepard« von Giuseppe Tomasi di Lampedusa: »Es muss sich alles ändern, damit es bleiben kann, wie es ist.«

